



Inhaltsverzeichnis

Türkei	Seite 01 bis 04
Irak	Seite 04 bis 08
Iran	Seite 08
Syrien	Seite 08 bis 10
Deutschland	Seite 10 bis 13
Publikationen	Seite 13 bis 15
Impressum	Seite 16

Türkei:

Minderjährige misshandelt

Unter den Personen, die während des 1. Kongresses des Jugendparlaments der DTP in Istanbul am 12. November festgenommen wurden, sollen die minderjährigen I. Cakmak, M.S.S., S.K. und B.S. von der Polizei misshandelt worden sein. Gülizar Cakmak, die ältere Schwester von I. Cakmak gab an, dass ihre Schwester überall blaue Flecken gehabt habe.

Bei einer kurzen Umarmung auf den Weg zum Staatsanwalt habe sie ihr gesagt, dass sie bedroht wurde, beim Arzt sich nicht über Folter zu beschweren. Der Anwalt Baran Dogan sagte, dass seine Mandanten zwei Stunden lang bei der normalen Polizei waren, bevor sie zur Abteilung für Jugendliche gebracht wurden. Davor seien sie im Polizeiauto schwer verprügelt worden. Dies soll ärztlich attestiert worden sein.

(Toplumsal Demokrasi, 19.11.06)

Fünf Frauen in Van unter staatlichen Schutz gestellt

Nach dem Mord an der 15-jährigen Naile Erdas in Van-Baskale durch ihren Bruder aufgrund einer außerehelichen Schwangerschaft sind innerhalb des letzten Monats in Van fünf Frauen unter staatlichen Schutz gestellt worden, um sie vor Ehrenmorden zu retten. Zu den fünf Frauen gehört die Schwägerin von Naile Erdas, deren Tod ebenfalls vom Familienrat beschlossen worden sein soll, weil sie Erdas geholfen habe.

S.A. (21) und C.G. (16) wurden per staatsanwaltlichem Beschluss unter Schutz genommen, nachdem S.A. durch ihren Nachbarn vergewaltigt und C.G. als Tochter des Vergewaltigers dem Ehemann von S.A. als Wiedergutmachung als Zweitfrau übergeben werden sollte.

Zwei weitere Frauen wurden aufgrund von außerehelichen Schwangerschaften unter Schutz gestellt. Alle Betroffenen wurden außerhalb der Provinz Van an unbekanntenen Orten untergebracht.

(Quelle: ISKU, 22.11.06)

Prozess gegen zwei zum Christentum konvertierte Türken

Zwei zum Christentum konvertierte Türken stehen seit Donnerstag wegen Verunglimpfung des Türkentums und Anstiftung zum religiösen Hass gegen den Islam vor Gericht. Die Behörden werfen den beiden 37 und 46 Jahre alten Männern laut der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu in diesem Zusammenhang vor, sie hätten versucht, andere Türken zum Christentum zu bekehren. Grundlage der Anklage ist der umstrittene Paragraph 301, der die Verunglimpfung des Türkentums unter Strafe stellt. Der Prozess begann wenige Tage vor dem Türkei-Besuch von Papst Benedikt XVI., bei dem das Oberhaupt der Katholiken auch auf eine Stärkung der Rechte der christlichen Minderheit in der Türkei dringen dürfte. *(Quelle: yahoo, 23.11.06)*

Auslieferung von Nedim Seven abgelehnt

Die von der Türkei geforderte Auslieferung des kurdischen Politikers Nedim Seven nach seiner Verhaftung im August in Holland ist gerichtlich abgelehnt worden. Das Gericht beschied, Seven sei aufgrund des gleichen Prozesses, wegen dem die Türkei seine Auslieferung gefordert habe, zu einem früheren Zeitpunkt verhaftet und gefoltert worden. Im Falle seiner Auslieferung sei nicht ausschließbar, dass er wieder gefoltert werde.

Weiter stellte das Gericht fest, dass das niederländische Justizministerium bei der Prozedur der Verhaftung Sevens einen Fehler begangen und somit Amtsmissbrauch betrieben habe...

(Quelle: ANF, 05.12.06)

Iranisch-türkisches Abkommen gegen PKK

Wie bekannt wurde, ist es beim Iran-Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Teheran zur Unterzeichnung eines Abkommens über ein gemeinsames Vorgehen gegen die PKK und die PJAK gekommen. Nach einer Meldung in der Tageszeitung Sabah geht es dabei vor allem um die Fortsetzung zeitgleicher Militäroperation im Grenzgebiet zwischen der Türkei und dem Iran. Weiterhin soll über Arbeitsgruppen aus den Innen- und Verteidigungsministerien, der Polizeibehörde und des Grenzschutzes die Zusammenarbeit verstärkt werden. *(Quelle: ÖP, 06.12.06)*

Keine Veränderungen im Leben von Frauen

Wie eine Studie des Frauenzentrums DIKASUM der Stadtverwaltung Diyarbakir mit 472 verheirateten Frauen aus 97 Dörfern, die von der Stadt Diyarbakir eingemeindet wurden, ergeben hat, sind 80% der Frauen Analphabetinnen. 43% haben ihr erstes Kind im Alter zwischen 14 und 18 Jahren bekom-

men. 36,7% wurden für einen Brautpreis verheiratet. In der Studie ging es um die Situation von Frauen innerhalb der Gesellschaft und Familie.

Weiterhin ergab sich aus den Befragungen, dass lediglich 15,8% die Grundschule besucht haben und 0,4% die Mittelschule. 63% verfügen über keinerlei soziale Absicherung. 17% wurden zur Schlichtung einer Fehde zwischen den Familien verheiratet, 21% heirateten aus Liebe. 67% sind nicht offiziell verheiratet. 45% der Frauen leben mit ihren Schwiegereltern und weiteren Verwandten zusammen.

30% heirateten als Minderjährige unter 16 Jahren, 41% im Alter zwischen 16 und 19. 54 % sind mit Verwandten verheiratet. 44% haben sechs oder mehr Kinder.

Auf die Frage, ob es im engeren Bekanntenkreis jemals einen „Ehrenmord“ gegeben habe, antworteten 6,4% mit ja. Die Frage, ob es im Bekanntenkreis Fälle von Selbstmord gegeben habe, bejahten 14%. Auf die Frage, was sie gerne tun würden, wenn es ihnen besonders schlecht gehe und sie sich hilflos fühlten, folgten der Reihe nach die Antworten „allein sein“, „in mein Elternhaus zurück kehren“, „mich scheiden lassen“ und „Selbstmord“.

In den 97 Dörfern, die durch eine Eingemeindung jetzt zur Stadt Diyarbakir gehören, bestehen große Probleme mit der Infrastruktur. So verfügen die meisten weder über ausreichend Trinkwasser noch über eine Kanalisation oder gar eine Schule.

(Quelle: DIHA, 06.12.06)

Schleppendes Vorgehen bei Entschädigungen

Die nach dem Gesetz für Abfindungen bei Schäden durch den Terror oder den Kampf gegen den Terrorismus eingesetzte Feststellungskommission arbeitet sehr langsam. Sie hat von den 225.773 Anträgen noch nicht einmal 20%, d.h. gerade mal 44.639 Anträge bearbeitet. Bislang wurden bei 28.656 positiven Entscheiden 140 Millionen YTL ausbezahlt. 971 der abgelehnten Antragssteller haben gegen die Entscheidungen geklagt. Von den in 36 Fällen ergangenen Urteilen wurde in 3 Fällen die Entscheidung der Kommission revidiert.

(Quelle: ANF, 06.12.06)

Verhandlungen teilweise ausgesetzt Die EU-Außenminister befolgen die Vorschläge der Kommission: Über acht Kapitel der Beitrittsgespräche wird zunächst nicht mehr mit Ankara verhandelt

Die EU-Außenminister haben sich am Montag auf die Aussetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in acht von 35 Verhandlungsbereichen geeinigt. Mit dem Kompromiss nach stundenlangen Debatten in Brüssel wendeten sie einen drohenden Streit beim EU-Gipfel an diesem Donnerstag und Freitag ab.

Nach Angaben der österreichischen Außenministerin Ursula Plassnik vereinbarten die Minister, über acht Kernbereiche der Beitrittsgespräche zunächst nicht mehr mit Ankara zu verhandeln. »Diese acht Bereiche gehen erst einmal in den Tiefkühler.«

Auch in der am meisten umstrittenen Frage einer Revisionsklausel wurde schließlich eine Einigungsformel gefunden. Griechenland und Zypern konnten eine 18-Monats-Frist, die sie der Türkei geben wollten, nicht durchsetzen. Stattdessen soll die Entwicklung in der Krise nun in den drei Jahren 2007, 2008 und 2009 jeweils auf Grundlage der ohnehin erstellten Fortschrittsberichte der Kommission überprüft werden.

Mit der teilweisen Aussetzung der Verhandlungen soll die Türkei dazu gebracht werden, ihre Häfen und Flughäfen auch für Transporte aus dem EU-Staat Zypern zu öffnen. Dazu ist Ankara nach Auffassung der EU verpflichtet. Die Türkei verlangt hingegen eine Aufhebung der internationalen Isolierung des türkisch besetzten Nordteils der Insel Zypern.

»Dies ist eine kluge und vernünftige Entscheidung. Dies ist eine massive Entschleunigung und Atempause der Verhandlungen«, sagte die österreichische Ministerin. »Wir haben eine Türkei-Krise auf dem EU-Gipfel abgewendet und einen Konsens gefunden, wie die Lage zu bewerten ist.« Plassnik sagte, es sei nicht darum gegangen, der Türkei ein Ultimatum zu setzen. »Es muss klar sein, dass es keinen Rabatt bei der Umsetzung der Verpflichtungen geben kann.«

Großbritannien und Madrid hatten zuvor versucht, die Zahl der Verhandlungsbereiche zu verringern. Die Niederlande, Österreich und Griechenland hatten stattdessen noch mehr Bereiche gefordert, in denen nicht mehr verhandelt werden dürfe.

(Quelle: Zeit online, 11.12.06)

Die PKK droht, die Feuerpause zu beenden

Die kurdische Arbeiterpartei (PKK) könnte eine zweimonatige einseitige Feuerpause mit der Türkei beenden, wenn Ankara weiterhin die Rebellen bekämpft und seine kurdische Gemeinschaft misshandelt, berichtete am Sonntag ein hoher Befehlshaber der Rebellen.

„Wir haben alles versucht, um die Feuerpause beizubehalten ... trotz der Attacken, Unterdrückung und Ausrottungsaktionen gegen uns. In Anbetracht dieser Entwicklungen wird eine Beibehaltung der Feuerpause zunehmend unmöglicher“ wurde Cemil Bayik von der pro-kurdischen Zeitungsagentur Fırat, auf deren Webseite zitiert.

„Jeder sollte wissen, dass wir unsere Entscheidung (für eine Feuerpause) überdenken werden, wenn die türkische Regierung die Attacken gegen die PKK-Rebellen nicht beendet, die Behandlung der kurdischen Gemeinschaft nicht verbessert und den Weg für einen Dialog versperrt, fügte er hinzu.

Die PKK, die die türkische Armee seit 1984 bekämpft, ordnete am 1. Oktober eine einseitige Feuerpause an in der Hoffnung, dass diese den Weg für einen Dialog ebnet würde, um den Konflikt zu lösen.

Der Waffenstillstand wurde umgehend von den Türken abgelehnt, wie diejenigen, die früher von der PKK ausgerufen wurden. Die Kämpfe haben jedoch seither sichtlich abgenommen.

Ankaras Aktionen seit der Erklärung der Waffenruhe „haben uns schon lange das Recht gegeben, unser legitimes Recht auf Verteidigung und Vergeltungsmaßnahmen zu nutzen. Aber es gibt hier ein Limit. Wenn dieses Limit überschritten wird, wird dies nicht akzeptiert werden und es wird ihm mit Widerstand entgegen getreten werden“ fügte er hinzu.

Die Türkei sagt, dass Tausende von PKK-Rebellen im benachbarten Nordirak, das die Militanten als Ausgangspunkt für Attacken auf türkische Ziele auf der anderen Seite der Grenze nutzen, Schutz suchen.

Ankara hat die Vereinigten Staaten und den Irak schon seit langem gedrängt, die Anwesenheit der PKK in dem von Kurden bewohnten Nordirak zu beenden. Es behauptet, dass die Rebellen sich uneingeschränkter Bewegungsfreiheit erfreuen und leicht an Waffen und Sprengstoff gelangen können. Die Vereinigten Staaten und Bagdad haben bisher jedoch gezögert, die Rebellen auszurotten, da sie in anderen Teilen des Landes von Gewalt erdrückt werden.

Seitdem die PKK in Selbstjustiz Waffen im hauptsächlich von Kurden bewohnten Südosten des Landes einsetzt, sind mehr als 37.000 Menschen getötet worden. (Quelle: AFP, 11.12.2006. Übersetzt: M. Cornelius)

"Die Außenminister haben gezeigt, dass auf Worte auch Taten folgen"

Die Bundeskanzlerin ist froh, dass die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei verlangsamt. Kommissionspräsident Barroso denkt, dass der Beitritt der Türkei viel weiter entfernt ist als angenommen.

In einer Regierungserklärung im Bundestag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel den Beschluss der EU-Außenminister zur teilweisen Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei voll unterstützt. Die Entscheidung sei „gleichermaßen entschlossen wie auch besonnen“. „Die Außenminister haben damit gezeigt, dass auf Worte auch Taten folgen.“ Brüssel habe klar gemacht, dass es einen Beitritt für die Türkei nicht geben könne, wenn das so genannte Ankara-Protokoll über Reformen nicht umgesetzt werde, sagte Merkel im Bundestag in einer Regierungserklärung zu den bevorstehenden deutschen Präsidentschaften in der EU und der G8-Industriestaaten.

Barroso: Zuerst auf das schauen, was uns eint

Besonnen aber sei, dass den Menschen weiterhin eine Beitrittsperspektive offen gehalten werde. Am Nachmittag reist Merkel nach Brüssel, wo die EU-Staats- und Regierungschefs bis Freitag zu ihrem Dezember-Gipfel zusammenkommen. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte der Zeitung *Die Welt*, die Verhandlungen mit der Türkei „werden ein langer Prozess sein - zehn oder 15 Jahre, möglicherweise sogar noch länger - und niemand kann das Ergebnis vorhersagen“. Es sei aber „unser gemeinsames Interesse, zuerst darauf zu schauen, was uns eint, und nicht auf das, was uns trennt“

Frage des Prinzips

Ziel des am Donnerstagabend beginnenden EU-Gipfels ist es offenbar, die Bremse bei der EU-Erweiterung anzuziehen. Künftige Beitritte sollen an das Kriterium der „Integrationsfähigkeit“ Europas gekoppelt werden. Dabei sollen die vor einem Jahr aufgenommenen Beitrittsverhandlungen mit Ankara teilweise eingefroren werden. Unmittelbar vor Beginn des Gipfels forderte Zyperns Außenminister George Lillikas Ankara auf, die Häfen und Flughäfen für Schiffe und Flugzeuge aus Zypern „frühestmöglich“ zu öffnen. Lillikas sagte der *Welt*, die Zypriern glaubten „fest daran“, dass die Türkei ihre Verpflichtungen gegenüber der EU erfüllen müsse, so wie es andere Beitrittskandidaten in der Vergangenheit auch getan hätten

„Das ist für uns eine Frage des Prinzips, darüber darf es keine Kompromisse geben.“ Schließlich sei es die Türkei gewesen, die um eine Aufnahme in die EU gebeten habe und nicht umgekehrt.

(Quelle: dpa, 14.12.06)

Hunderttausende vertriebene Kurden warten auf Entschädigung

Ankara - Mehrere hunderttausend zwangsweise umgesiedelte Kurden sind nach Angaben einer US-Menschenrechtsorganisation bis dato ohne ausreichende Entschädigung geblieben. Dabei wurde extra für dies Fälle ein eigenes Gesetz geschaffen, wie Human Rights Watch (HRW) am Mittwoch mitteilte.

400.000 Menschen vertrieben

Das türkische Militär hatte in den 90er Jahren im Kampf gegen kurdische Rebellen die Bewohner zahlreicher Dörfer im Südosten des Landes vertrieben, insgesamt sollen rund 400.000 Menschen betroffen gewesen sein. 2004 wurde per Gesetz eine Kommission eingesetzt, die sich um die Entschädigung kümmern soll. Laut Human Rights Watch verweigerte die Kommission in ihrer bisherigen Arbeit aber häufig willkürlich Entschädigungen oder sie verminderten die Beträge.

Human Rights Watch rief die türkische Regierung auf, die Kommission auszusetzen und ihre Methoden zu überprüfen. Die Problematik der kurdischen Minderheit in der Türkei ist auch ein schwieriger Punkt bei der Annäherung des Landes an die Europäische Union. Erst Ende November attestierte EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn der Türkei "dringenden Handlungsbedarf" u. **Fehler! Hyperlink-Referenz ungültig.** bei den Rechten der Kurden. (Quelle: APA, 20.12.06)

„Liste der Schande“

Nirgendwo auf der Welt wird so oft im Internet nach Kinderpornographie gesucht wie in der Türkei – zumindest laut Google Trends. Die Meldung löste in dem muslimischen Land eine Welle der Empörung aus – und eine lebhaft Debatten in Presse, Parlament und Regierung, die begleitet wird von fast täglichen Razzien.

Vergangene Woche bekam die türkische Öffentlichkeit verstörende Zahlen vorgesetzt: Offenbar

wird nirgendwo auf der Welt so oft im Internet nach Kinderpornographie gesucht wie in der Türkei. Laut Google Trends, einem Service der Suchmaschine Google, stehen in einer Liste der Städte, aus denen der Suchbegriff „child porn“ nachgefragt wird, auf den ersten fünf Plätzen ausnahmslos türkische Städte. Innenminister Abdulkadir Aksu nannte das Resultat umgehend eine „Katastrophe“, Ministerpräsident Tayyip Erdogan zeigte sich „ernsthaft irritiert“. Die Meldung hat eine lebhaftige Debatte in Presse, Parlament und Regierung losgetreten, die begleitet wird von fast täglichen Razzien. Eine „Liste der Schande“, nannte die Zeitung Milliyet die Google-Trends-Liste, die von der Schwarzmeerstadt Trabzon angeführt wird. Istanbul liegt an fünfter Stelle, erst dahinter folgen Städte aus Neuseeland, den USA und Australien.

Großangelegte Polizeiaktionen

Das Entsetzen in der Öffentlichkeit wuchs, als die ersten Ergebnisse großangelegter Polizeiaktionen bekannt wurden: Die Polizei hat nicht nur Studenten und - auf einen Tipp der deutschen Polizei hin - einen Anwalt festgenommen, die unter dem Verdacht stehen, Kinderpornographie verbreitet zu haben.

Die größten Schlagzeilen machte die Festnahme ausgerechnet eines Kinderarztes, der direkt aus seiner Luxusvilla im Ort Silivri bei Istanbul abgeführt wurde. Er soll eine hochprofitable pornographische Webseite betrieben haben. Darauf brüstete er sich, seine Webseite habe ihm so viel Geld eingebracht „wie ein Flugzeug, das mit Sonnenenergie fliegt“.

Zuletzt wurde am Dienstag der Betreiber eines Internetcafés festgenommen. Polizeisprecher Ismail Caliskan warnte jedoch, die Überwachung durch die Polizei werde nie lückenlos sein und mahnte alle Eltern, sie sollten ihre Kinder davon abhalten, über das Internet Kontakt mit Fremden aufzunehmen. Im türkischen Parlament wurden neue gesetzliche Regeln zum Schutz von Kindern diskutiert. Die „Yeniden Gesellschaft für Gesundheit und Erziehung“ meinte, die Gesetze seien längst ausreichend, es hapere jedoch bei der Umsetzung. Yeniden hat eben erst eine Untersuchung zum Missbrauch von Kindern in der Türkei veröffentlicht. Dem Bericht zufolge ist Kinderprostitution das größte Problem in den Städten, Leidtragende sind vor allem Mädchen zwischen 12 und 18. „Soziale Normen und Traditionen spielen oft eine größere Rolle als Gesetze“, heißt es in dem Bericht: Die Opfer sexuellen Missbrauchs hielten oft still, weil sie sich fürchteten vor der Verurteilung durch die Gesellschaft.

"Kaum Fortschritte"

In den Medien wird derweil nach den Ursachen geforscht. Der Fall des Kinderarztes, kommentierte etwa die liberale Zeitung *Radikal*, zeige mit „perverser Klarheit“, dass „die kapitalistische Profitgier das eigentlich pornographische“ sei. An bittere Zahlen erinnerte zudem *Radikal*-Kolumnist Yildirim Türker: Jedes fünfte türkische Kind werde

gezwungen zu arbeiten, bevor es zwölf Jahre alt ist, oft bis zu zwölf Stunden am Tag. Auf dem Land verweigern noch immer viele Eltern ihren Töchtern den Schulbesuch. Türker zitiert Statistiken, wonach 72 Prozent aller türkischen Kinder von ihren Eltern und 22 Prozent von ihren Lehrern geschlagen werden. Vor zehn Jahren habe die Türkei die UN-Konvention über Kinderrechte unterzeichnet, schreibt der Kolumnist: „Bis heute aber haben wir kaum Fortschritte gemacht.“

(Quelle: *sueddeutsche.de*, 21.12.06)

Irak:

Großes Interesse an kurdischen Universitäten

Die Fortschritte im Bildungsbereich in Südkurdistan locken Studierende aus allen Teilen Kurdistans an die Universitäten. In Südkurdistan ist inzwischen in fast jedem Dorf eine Schule errichtet worden. Insbesondere die Möglichkeit kurdischsprachiger Hochschulbildung zieht Studierende aus der Türkei, dem Iran und Syrien an. In den Ländern, aus denen sie kommen, ist eine muttersprachliche Ausbildung nicht denkbar. Dennoch bestehen aufgrund der verschiedenen kurdischen Dialekte Verständigungsschwierigkeiten.

An der Universität in Selahaddin studieren 29.000 Personen. Davon sind jeweils 150 Kurden aus der Türkei und dem Iran sowie 480 aus Syrien. Eine von ihnen ist N. Aydin Kaya, die aus der Türkei gekommen ist, um in Selahaddin Geschichte zu studieren: „Ich ziehe es vor, die kurdische Geschichte zu studieren anstatt der türkischen“, erklärt sie. Ausschlaggebend für ihre Entscheidung, in Südkurdistan zu studieren, sei außerdem der Druck, der gegen Kurden in der Türkei ausgeübt werde. „Ich hatte die Möglichkeit, in Adana zu studieren, aber weil ich aus Hakkari komme, bin ich stets einem erniedrigenden Verhalten ausgesetzt gewesen. Und damit bin ich nicht allein.“

In der Türkei erleben fast alle Kurden das gleiche.“

(Quelle: *ANF*, 05.12.06)

Iraks Kurden kritisieren Baker-Strategie Der Präsident der Kurdenregion im Nordirak, Barsani, will eine stärkere Zentralregierung in Bagdad nicht akzeptieren. Er warf der amerikanischen Baker-Kommission vor, zu wenig über die Lage im Irak zu wissen.

Die Vorschläge der unabhängigen Baker-Kommission für die künftige Irak-Politik der USA sind bei den irakischen Kurden auf Protest gestoßen.

Der Präsident des kurdischen Autonomiegebietes im Nordirak, Massud Barsani, hält vor allem die angestrebte Stärkung der Zentralregierung in Bagdad für inakzeptabel. Eine solche Regelung würde die Regionen benachteiligen, hieß es in einer Erklärung, die am Freitag in Erbil verbreitet wurde.

Barsani kritisiert darin auch, dass allein Bagdad Zugriff auf die Einnahmen aus der Öl-Industrie haben solle. Die Mitglieder der von Ex-Außenminister James Baker und dem Demokraten Lee

Hamilton geleiteten Kommission hätten zudem das Kurdengebiet im Irak gar nicht besucht. Daher hätten sie sich kein richtiges Bild von der Lage machen können. Barzani warf der Kommission vor, sie wolle «dem irakischen Volk falsche Lösungsversuche aufzwingen».

Seit dem Sturz des Regimes von Diktator Saddam Hussein versuchen die Kurdenparteien, die nordirakische Stadt Kirkuk und die umliegenden Ölfelder ihrem Autonomiegebiet zuzuschlagen. Die meisten Araber und Turkmenen, die in Kirkuk leben, wollen das verhindern. (Quelle: nz, 08.12.06)

Extremisten drohen Studenten

Bagdad – Muslimische Extremisten im Irak versuchen zunehmend, christliche Studenten einzuschüchtern. Bei der Studentenvereinigung in Bagdad wurden Flugblätter ausgelegt, die sich an assyro-chaldäische Studierende richten. Die nicht identifizierten Autoren drohen damit, dass jeder, der sich nicht an die muslimische Kleiderordnung halte, nach dem islamischen Gesetz, der Scharia, bestraft werde. Dazu gehören auch drakonische Maßnahmen wie das Auspeitschen. (Quelle: idea, 14.12.06)

Aufforderung an die Türkei, sich nicht einzumischen

Die Türkei äußerte am Sonntag erneut ihre Verärgerung, als die Kurden ihren Anspruch auf die ölfreiche Stadt Kirkuk im Norden des Irak anmeldeten. Die Stadt liegt an der sich auflösenden ethnischen Trennungslinie zwischen Arabern und Kurden.

Der türkische Verteidigungsminister Mehmet Vecdi Gonul sagte, dass der zukünftige Status Kirkuks enorme Auswirkungen auf die Türkei und die anderen Nachbarländer des Iraks haben wird, unabhängig davon, wer die Stadt und ihre umliegenden Ölfelder kontrolliert. Gonul forderte die irakisch-schiitisch und -kurdisch geführte Regierung auf, Kirkuk keine „unrealistische“ Zukunft aufzuzwingen.

Der irakische Außenminister Hoshiyar Zebari, ein Kurde, forderte die Türkei auf, sich nicht „in unser“ Kirkuk einzumischen.

„Sie sprechen von Kirkuk als wäre es eine türkische Stadt“ sagte Zebari zu Gonul. „Über diese Angelegenheiten hat der Irak zu entscheiden.“

Die Türkei möchte vermeiden, dass die Stadt und ihre enormen Ölreserven ein wirtschaftlicher Motor werden, der den Antrag der irakischen Kurden auf Unabhängigkeit unterstützen könnten. Eine Aktion könnte in der Türkei mit ihren 15 Millionen Kurden in einen regionalen Krieg auslösen.

„Wir hoffen, dass die natürlichen Reserven von Kirkuk von allen Gruppen im Irak ohne Diskriminierung genutzt werden können“ berichtete Gonul anlässlich der Konferenz des Internationalen Instituts für Strategische Studien in der Hauptstadt des Bahrain.

Kirkuk ist eine alte Stadt und war früher Teil des Osmanischen Reiches, mit einer großen Mehrzahl ethnischer Türken sowie verschiedener Christen,

schiitischer und sunnitischer Araber, Armenier und Assyrer.

Seit dem amerikanischen Einmarsch in 2003 haben kurdische Streitkräfte im Nordirak damit begonnen, die Arabisierungspolitik Saddam Husseins, durch die Kirkuk und andere ölreichen Gebiete von Kurden gesäubert und durch Araber ersetzt wurden, umzukehren.

Tausende von kurdischen Ansiedlern aus dem Nordirak sind nach Kirkuk zurückgekehrt und besiedeln die verlassenen Außenbezirke der Stadt. Viele glauben, dass der Zustrom die ethnische Balance der Stadt im Vorfeld der für 2007 erwarteten Volkszählung und des Referendums verändern wird. Die Volkszählung und das Referendum haben zum Ziel zu entscheiden, ob Kirkuk der autonomen kurdischen Region des Irak angegliedert wird.

Die harte Bewertung der Studiengruppe Irak, die in der vergangenen Woche in Washington herausgegeben wurde, beschrieb Kirkuk als einen „Pulverfass“ und schlägt vor, das Referendum zu verschieben.

Der schwedische Außenminister Carl Bildt warnte diejenigen, die eine Teilung des Irak favorisieren, dass sie sich auf gefährlichem Territorium bewegen.

„Jede Teilung wird blutig vorgenommen“ berichtete Bildt auf der Sicherheitskonferenz in Bahrain. „Das Gemetzel, das wir heute sehen, ist nur der Anfang des Blutvergießens, das wir erleben werden, wenn es zu einer Teilung kommt.“

Gonul stimmte dem zu und sagte, das die Zersplitterung des Irak „der Anfang einer Katastrophe sein wird, die die ganze Region in den Abgrund stürzen wird.“

Die Konferenz des Internationalen Institutes für Strategische Studien führte ca. 200 Sicherheitsvertreter aus über 20 Ländern, einschließlich aus dem Iran, Irak und den Vereinigten Staaten, zusammen.

(Quelle: AP, 10.12.06. Übersetzt: M. Cornelius)

Tödliches Jahr für Reporter im Irak 32 ums Leben gekommen, 26 davon umgebracht

Mindestens 32 Journalisten sind nach Angaben des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) heuer im Irak ums Leben gekommen - so viele wie nie zuvor in einem Jahr in einem einzigen Land. Die meisten von ihnen - 26 - wurden umgebracht, wie das CPJ am Mittwoch in New York bilanzierte.

Das bisher letzte Opfer war der Kameramann der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) Aswan Ahmed Lutfallah, der am 12. Dezember in Mossul (Mosul) von Aufständischen erschossen wurde. Der 35-Jährige filmte dort Kämpfe zwischen Rebellen und der Polizei. Er war wie die meisten im Irak ums Leben gekommenen Medienvertreter Iraker.

Irak zum vierten Mal in Folge gefährlichstes Land

"Journalisten geraten ins Visier und werden getötet, weil sie ihre Arbeit tun", erklärte CPJ-Direktor Joel Simon. Der Irak war 2006 bereits zum vierten Mal in Folge das für Journalisten gefährlichste Land. Seit der US-geführten Invasion 2003 kamen dort

den Angaben zufolge insgesamt 93 Journalisten sowie 37 Fahrer, Boten und andere Helfer ums Leben. Die meisten Täter blieben unbehelligt. Die Zahl von 32 getöteten Journalisten liegt schon vor Jahresende über der von 24 Toten, die 1995 in Algerien und 2004 im Irak registriert wurden. Im gesamten Zweiten Weltkrieg kamen 68 Journalisten ums Leben, in Vietnam und Kambodscha waren es zwischen 1965 und 1975 mindestens 71. Insgesamt zählte das CPJ im zu Ende gehenden Jahr 84 getötete Medienvertreter, darunter die russische Reporterin Anna Politkowskaja.

(Quelle: APA, 20.12.06)

Auf der Suche nach Gerechtigkeit im Saddam-Prozess

Trotz der Morddrohungen, die er von Saddam Hussein im Gericht erhielt, glaubt der Chefankläger im Prozess gegen den ehemaligen irakischen Führer, dass Gerechtigkeit Frieden für das von Gewalt heimgesuchte Land bringen wird.

Der ehemalige irakische Führer war in diesem Monat der Ermordung von 148 Schiiten im Jahr 1982 für schuldig befunden worden und ein zweiter Prozess hat begonnen.

Der zweite Prozess befasst sich mit der Rolle Saddams Husseins bei der Ermordung von Kurden während der allbekannten Anfal-Kampagne, in der Tausende umkamen. Munquith Takleef al-Firaun leitet das Team der Ankläger.

Herr Firaun war Mitglied des Anklagerteams in dem ersten Prozess und erhielt damals von Saddam die beunruhigende Drohung.

Mordandrohungen

„Ich wurde im Gerichtssaal von Saddam Hussein bedroht. Er sagte, dass er mich im und außerhalb des Gerichtes verfolgen werde“ erklärte Herr Firaun in seinem ersten Interview.

„Ich wurde auch von einem seiner Mitangeklagten, Hussein Rashid, bedroht. Seine genauen Worte waren: „Wohin willst Du vor uns fliehen?““

„Meine Familie und ich haben auch Drohbriefe erhalten – selbst unsere weit entferntesten Verwandten wurden bedroht – nur weil ich versuche, Gerechtigkeit auszuüben.“

Herr Firaun hält sich zusammen mit weiteren Anklägern, Verteidigern und Richtern in der nordirakischen Stadt Suleymaniya auf, wo er die Stätten aufsucht, wo die Greuelthaten stattgefunden haben.

Die Berge, die über die Stadt hinweg ragen, konnten einige der Schrecken erregendsten Vorkommnisse unter der Herrschaft Saddams Husseins beobachten.

Kurdische Dörfer in der Region wurden mit chemischen Waffen angegriffen.

Während der Anfal-Kampagne, die fast während der gesamten achtziger Jahre andauerte, erlebten die Kurden kontinuierlich Angriffe, die zum Tode von über 100.000 Menschen führten.

Menschliche Entwicklung

Herr Firaun betonte, dass, obwohl Saddam Hussein bereits zum Tode verurteilt wurde, es wichtig ist,

dass ihm der Prozess wegen Massenmord und Kriminalität gegen die Menschlichkeit gemacht wird.

„Die Mitangeklagten im ersten Prozess gegen Saddam Husseins sind andere als die Angeklagten in diesem Prozess. Saddams Aussagen sind der Schlüssel zur Beweisführung und seine Anwesenheit im Gericht ist von großer Wichtigkeit. Dies ist nicht nur ein Prozess, es ist ein Teil menschlicher Geschichte“ sagte Herr Firaun.

Er fügte hinzu, dass, selbst wenn der ehemalige irakische Führer vor dem Ende des zweiten Prozesses hingerichtet werden sollte, der Fall gegen seine Mitangeklagten im Interesse der Gerechtigkeit abgeschlossen werden müsse.

Paradoxerweise herrscht im Bundesland Kurdistan, das eine Regionalregierung hat, relativer Friede und Stabilität, während der Rest des Landes unter täglichen Bombardierungen und Attacken leidet.

Herr Firaun erwartet, dass die Gewalt im Irak weniger werden könnte, sobald die Vollstreckung der Todesstrafe gegen Saddam Hussein ausgeführt wurde.

Gesteuerte Teilungen

„Ich kann nur meine persönliche Meinung kundtun, aber die Gewalt sollte zu einem Ende kommen, weil die Geheimdienst- und Sicherheitsbeamte zum größten Teil hinter den Problemen stecken, denen sich der Irak gegenüber sieht“ sagte er.

„Sie hoffen, dass Saddam wiederkehrt. Sie glauben, dass sie für das, was sie getan haben, belohnt werden. Sie erwarten, dass sie Tapferkeitsmedaillen von Saddam persönlich erhalten.“

„Wenn sie erkennen, dass Saddam nicht freigelassen wird, wird der Hauptanreiz zur Fortführung der Kampagne verschwinden.“

„Die verschiedenen Gemeinschaften des Irak – die Schiiten, die Sunniten und die Kurden – haben lange Zeit gewaltlos zusammen gelebt.“

„Die Medien tendieren dazu, die Morde als religiöse Gewalt zu darzustellen, aber in vielen Fällen steckt das ehemalige Regime dahinter. Dies ist kein religiöser Krieg. Die Teilungen erfolgen absichtlich.“

Es wird gehofft, dass die Überführung Saddams Husseins in dem Anfal-Prozess einen Schlussstrich unter eine schmerzliche Periode für die Kurden, die ohne Intervention der internationalen Gemeinschaft leiden mussten, beendet wird.

Von Suleymaniya sagt man, dass es von dem ehemaligen irakischen Führer, der die Stadt als Symbol des kurdischen Widerstandes ansah, „als der Kopf der Schlange“ bezeichnet wurde.

Herr Firaun hofft, dass eine Verurteilung eine deutliche Nachricht an alle Führer der Welt senden wird.

„Ich möchte, dass dieser Prozess ein Beispiel setzt für diejenigen Regierenden, die sich jenseits des Gesetzes bewegen. Ganz gleich, wie lange jemand regiert, ist das Gesetz stärker und wird gewinnen“ behauptet er.

Trotz der Drohungen gegen ihn führt er aus, dass der Kampf für Gerechtigkeit wichtiger ist, als sein eigenes Leben.

„Die Verbrechen waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Position des Anklägers, die ich inne habe, erfordert Opfer. Wenn Du den Preis dafür zahlen musst, wirst Du historisch nicht vergessen werden.“

(Quelle: Yo Takatsui, BBC, 29.11.06. Übersetzt: M. Cornelius)

Nach Saddam-Urteil wächst Furcht vor noch mehr Gewalt

Viele begrüßen die Todesstrafe zwar als gerecht, sehen die Entscheidung jedoch zum falschen Zeitpunkt getroffen.

Nach der Bestätigung des Todesurteils gegen Ex-Diktator Saddam Hussein wächst in der irakischen Bevölkerung die Furcht vor einer weiteren Eskalation der Gewalt im Land.

Viele begrüßen die Entscheidung zwar als gerecht, sehen sie jedoch zum falschen Zeitpunkt getroffen. Seit Monaten vergeht im Irak kaum ein Tag ohne neue Todesopfer. Schiiten und Sunniten, Militärs und Aufständische liefern sich erbitterte Kämpfe. Bombenanschläge in Wohnvierteln und an viel befahrenen Straßen versetzen die Zivilbevölkerung tagtäglich in Schrecken.

Am Mittwoch explodierte in Bagdad eine Autobombe und tötete acht Menschen. Mindestens zehn wurden nach Polizeiangaben verletzt.

Ein Berufungsgericht in Bagdad hatte am Dienstag einen Einspruch Husseins gegen das Todesurteil abgewiesen und damit seine Vollstreckung besiegelt. Binnen 30 Tagen muss Saddam den Vorgaben zufolge nun exekutiert werden. Der 69-jährige war Anfang November wegen eines Massakers an Schiiten vor 25 Jahren zum Tode durch den Strang verurteilt worden.

Das Sondertribunal warf ihm Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Neben der schiitischen Bevölkerungsmehrheit hatte der sunnitische Ex-Präsident auch die Kurden im Norden des Landes unterdrückt. "Das ist ein gerechtes Urteil, Saddam hat das irakische Volk unterdrückt. Aber es kommt zur falschen Zeit, weil wir gerade eine Gewaltwelle durchmachen", sagte Mohammed Nasir aus Bagdad. "Ich hoffe, sie lassen ihn (Saddam) eines natürlichen Todes sterben.

Denn wenn wir ihn hinrichten, werden seine Anhänger ein Chaos lostreten", sagte auch der 37-jährige Ladenbesitzer Edward Iskander. Einige Bewohner äußerten zwar die Hoffnung, mit dem Tode Saddams würden auch seine Anhänger klein beigeben. Viele fürchten jedoch, seine Kampfgefährten werden Vergeltung üben und zu einem blutigen Gegenschlag ausholen. (Quelle: Apa, 27.12.06)

Der Irak ohne Saddam

Seit der Bestätigung des Todesurteils gegen Saddam Hussein sind die Berichte und Spekulationen über das Datum der Hinrichtung ins Kraut geschossen.

Parallel dazu, aber hinter den Kulissen, haben sich die in Bagdad bestimmenden Politiker wohl darüber gestritten, wann der ehemalige Machthaber gehenkt werden soll. Dabei spielten Bedenken über die beträchtlichen juristischen Unzulänglichkeiten des

Prozesses, die im Ausland angemeldet worden waren, ebenso wenig eine Rolle wie die prinzipielle Ablehnung der Todesstrafe, die etwa europäische Regierungen oder der Papst angemeldet hatten.

Zwei Gründe sprachen vor allem dafür, Saddams Gang zum Galgen hinauszuzögern. Auf der einen Seite der Wunsch vieler Kurden, den ehemaligen Diktator auch für die Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, die in den erbarmungslosen Kampagnen gegen die kurdische Bevölkerung im Norden des Landes begangen worden waren.

Auf der anderen Seite die Furcht, eine Hinrichtung Saddams würde grosse Vergeltungsaktionen seiner Anhänger im Untergrund provozieren und die Gewalt im Land auf eine neue Spitze treiben. Offensichtlich hat aber der Wunsch, den Faktor Saddam Hussein so schnell wie möglich loszuwerden, alle anderen Überlegungen übertrumpft.

Der Tod Saddams und seiner beiden Helfershelfer stellt nicht nur Sühne für deren Verbrechen dar. Er besiegelt auch den Untergang des Systems, mit dem Saddam dem Irak seinen Willen aufgezwungen hatte. Ein System, das auf Bespitzelung, Folter und zunehmend auf Krieg aufgebaut war.

Ein System, das den Irakern in seinen ersten Jahren aber auch Erziehung und Ausbildung, wirtschaftliche Entwicklung, gesellschaftlichen Fortschritt – zum Beispiel in Bezug auf die Stellung der Frau – gebracht hatte.

Mit seiner größtenwahnsinnigen Außenpolitik stürzte Saddam sein Land in drei Kriege in kurzer Folge und richtete es zugrunde.

Der Sturz Saddams und die Zerstörung seines politischen Systems durch die amerikanischen Invasoren haben dem Irak aber nicht Freiheit und Frieden, sondern Anarchie und Bürgerkrieg gebracht. Milizen, Guerillagruppen, kriminelle Banden und Jihad-Kämpfer beherrschen die Strassen, Schiiten und Sunniten bringen sich gegenseitig um, Terroristen lassen Bomben hochgehen, Parteien und Faktionen keifen um Posten und Pfründen.

Die Regierung ist in einer schwer bewachten «grünen Zone» verschanzt und hat auf die Entwicklung außerhalb davon kaum mehr Einfluss. In den Provinzen herrschen oder bekriegen sich lokale Machthaber. Mit Saddam scheint auch der irakische Staat ans Ende gekommen zu sein.

Viele sehen darin eine Bestätigung für die Theorie, dass der irakische Staat kein lebensfähiges Gebilde ist. Als künstliches Gebilde des britischen Imperialismus hat der Irak nach dieser Erklärung nur dank der eisernen Hand seiner Machthaber bis jetzt überlebt.

Die irakischen Kurden würden lieber heute als morgen ihren eigenen Staat gründen, und die größte schiitische Partei, der Sciri, will im Süden eine weitgehend autonome schiitische Großregion schaffen. In den USA schlagen einige Politiker die Aufteilung des Iraks in drei Gebiete vor, in denen dann Kurden, sunnitische Araber und schiitische Araber auf ihre Fassung selig werden könnten.

Es gibt aber keinen Zweifel, dass die Bevölkerung des Iraks in den 80 Jahren des gemeinsamen Staats durchaus eine nationale Identität entwickelt hat. In

vielen Städten, Dörfern und Gebieten leben Angehörige der verschiedenen Bevölkerungsgruppen eng zusammen. Sunniten wie Schiiten haben gemeinsam im Krieg gegen das schiitische Iran gekämpft. Eine große Mehrheit der Iraker hat an den Wahlen und am Verfassungsreferendum teilgenommen und damit gezeigt, dass sie durchaus dazu bereit ist, einen gemeinsamen Staat zu tragen.

Eine Aufteilung würde auch zu Kämpfen um die Kontrolle umstrittener Gebiete und zu ethnischen Säuberungen führen, gegenüber denen die heutigen Massaker und Vertreibungen verblassen würden. Deshalb haben die Iraker wohl auch keine andere Wahl, als ihre Zukunft gemeinsam an die Hand zu nehmen.

Es ist zu hoffen, dass sie den Weg dazu bald finden werden. *(Quelle: NZZ online, 30.12.06)*

Iran:

Neues christliches Fernsehen für Iran und Afghanistan

N i k o s i a – SAT7 Pars heißt ein neuer christlicher Fernsehsender, der vor allem die Farsi sprechende Bevölkerung im Iran und in Afghanistan erreichen will.

Das Programm geht am 18. Dezember in Nikosia (Zypern) auf Sendung, gab der christliche Fernsehsender SAT7 bekannt.

SAT7 Pars ist aus dem Iranischen Christlichen Rundfunk ICB hervorgegangen, der in SAT7 aufgegangen ist. Das Kürzel Pars steht für Persisch. Der Sender bietet ein 24-stündiges Vollprogramm: 20 Stunden lang werden Sendungen auf Farsi ausgestrahlt, vier Stunden auf Türkisch. Die Verantwortlichen rechnen damit, dass die Zuschauerzahl verdoppelt werden kann.

Den Angaben zufolge können mehr als 20 Millionen Einwohner Irans das über Satellit ausgestrahlte Programm empfangen. „Wir wollen Christus in einer kulturell angemessenen Weise den Persern in der Region bekannt machen“, so ein SAT7-Pars-Sprecher.

Der Iranische Christliche Rundfunk war 2002 gegründet worden und hatte seine Sendungen im Rahmen des Arabisch sprachigen Programms von SAT7 ausgestrahlt. Dabei wurde die Sendedauer kontinuierlich von zwei Stunden auf 18 Stunden pro Woche ausgeweitet.

Durch den Zusammenschluss beider Sender wolle man die Kräfte bündeln, hieß es. 99 Prozent der mehr als 68 Millionen Einwohner Irans sind Muslime.

Der Anteil der Christen liegt bei 0,3 Prozent. SAT7 arbeitet eng mit rund 20 traditionellen, meist orthodoxen Kirchen im Mittleren Osten zusammen. Finanziert wird der Sender überwiegend aus Spenden.

Zum Kuratorium gehören aus Deutschland unter anderen der ehemalige CVJM-General-sekretär Ulrich Parzany (Kassel) und der Verleger Norman Rentrop. *(Quelle: idea, 09.12.06)*

Syrien:

Nizar Rastanawi zu vier Jahren Gefängnis verurteilt

Am Sonntag, dem 19.11.2006 hat das höchste staatliche Gericht für Sicherheit (SSSC) in Damaskus den Menschenrechtsaktivisten und Ingenieur Nizar Rastanawi, 46 Jahre, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Das verfassungswidrige Gericht beschuldigte ihn, unwahre Nachrichten verbreitet zu haben und den Präsidenten der Republik entehrt und beleidigt zu haben.

Nizar Rastanawi „verschwand“, als er am 18.04.2005 in sein Haus in dem Dorf Mowrek in der Provinz Hama zurückkehren wollte. Die syrischen Behörden bestritten zunächst, dass sie ihn festgenommen hatten, als sein Auto jedoch bei einer der Sicherheitsstationen gesehen wurde, waren sie gezwungen, am 02.05.2005 zuzugeben, dass sie ihn festhielten.

Das Syrische Menschenrechtskomitee (SHRC) hat auch Zugang zu schriftlichen Beweisen über die erniedrigende und unmenschliche Art, in der Nizar während der Zeit seiner Vernehmung und seines Prozesses, der ein Jahr und vier Monate andauerte (seit dem Beginn im Juli 2005) behandelt wurde.

Das SHRC, das alle willkürlichen Festnahmen verurteilt, betrachtet seine Strafe als ungerechtfertigt und ungesetzlich, da sie auf falschen Anschuldigungen basiert und von einem Sondergericht ausgesprochen wurde. Das SHRC verlangt die sofortige Freilassung des o. g. Bürgers und dass alle Anschuldigungen gegen ihn fallen gelassen werden. Das SHRC fordert weiter von den syrischen Behörden, keine Bürger mehr festzunehmen, die die Menschenrechte in Syrien verteidigen und ihre Ansichten und Meinungen über die momentane Situation im Lande äußern.

(Quelle: SHRC, 19.11.06. Übersetzt: M. Cornelius)

Acht Jugendliche wegen friedlicher Aktivitäten angeklagt

Das Oberste Staatssicherheitsgericht Syriens (SSSC) hielt am Sonntag, dem 26.11.2006 seine erste Sitzung ab, um eine Gruppe von acht Jugendlichen, die seit Anfang des Jahres vom Luftwaffennachrichtendienst festgehalten werden, zu befragen. Die acht Inhaftierten wurden verhört und entsprechend zweier Artikel des syrischen Strafgerichts angeklagt: einmal laut Artikel 278, Abteilung B, der besagt, dass diejenigen, die sich an Aktionen, schriftlichen Aufrufen oder Reden, die nicht von der Regierung genehmigt sind und Syrien feindlichen Aktionen aussetzt oder die Beziehungen des Landes zu anderen Ländern stört, oder Syrien rachesüchtigen Aktionen ausliefert, die die Bürger oder ihr Eigentum gefährden, mit Inhaftierung bestraft werden. Zum Anderen laut Artikel 287, der besagt, dass jeder Syrer, der falsche oder übertriebene Informationen im Ausland verbreitet, die das Prestige des Landes oder seine finanzielle Situation unterminiert, mit einer Inhaftierung von mindestens sechs Monaten bestraft wird. Ali al-Ali wurde nur entsprechend Artikel 287 beschuldigt.

Die Beschuldigten bestritten die gegen sie erhobenen Anschuldigungen und bestätigten, dass ihre Geständnisse unter Folter und Zwang aus Ihnen herausgeholt wurden. Sie betonten auch, dass ihre Aktivitäten friedlich und öffentlich waren. Die Gerichtsverhandlung wurde auf den 14.01.2007 vertagt. Es sollte auch erwähnt werden, dass die vorgenannten Jugendlichen wegen ihrer friedlichen und öffentlichen Aktivitäten verhaftet wurden. Es wurde Ihren Verwandten nicht erlaubt, sie zu besuchen.

Die jungen Männer sind zwischen 21 und 31 Jahren alt und hauptsächlich Studenten. Zwei von ihnen sind selbständig.

Das Syrische Menschenrechtskomitee (SHRC) fordert die syrischen Behörden auf, jede Art despotischer Inhaftierungen zu unterlassen, alle Anklagen gegen die vorerwähnten Bürger fallen zu lassen und sie unverzüglich freizulassen.

(Quelle: SHRC, 27.11.06. Übersetzt: M. Cornelius)

Irakische Christen flüchten nach Syrien „Wir heißen alle willkommen und helfen, wo wir können“, berichtet Bischof Antoine Audo von Aleppo im Norden Syriens.

Im Irak fliehen derzeit immer mehr Christen aus Angst vor Gewalt und Krieg, teilte das internationale Hilfswerk „Kirche in Not“ mit. Eines ihrer Ziele ist die syrische Hauptstadt Damaskus. Für viele ist das aber auch nur eine Zwischenstation, denn sie wollen in andere Länder auswandern.

Nach Einschätzung des chaldäisch-katholischen Bischofs Antoine Audo hat die Region nur eine Zukunft, wenn es einen Frieden im Nahen Osten gibt. „Wir heißen alle willkommen und helfen, wo wir können“, sagt Bischof Antoine Audo von Aleppo im Norden Syriens.

Vor Krieg, Gewalt und Verfolgung im Irak sind nach den Worten des Oberhauptes der chaldäisch-katholischen Kirche in Syrien Zehntausende Christen in das Nachbarland geflohen.

Nach Schätzungen des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) haben aufgrund der Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen inzwischen 1,8 Millionen Iraker ihr Land verlassen; in Syrien halten sich nach seinen Angaben mindestens 600.000 Iraker auf. Die Zahl der Binnenflüchtlinge, das sind Menschen, die ihre unmittelbare Heimat verlassen haben, aber im Irak geblieben sind, wird auf 1,5 Millionen geschätzt.

„Allein zu uns sind 25.000 chaldäisch-katholische Flüchtlinge gekommen“, sagt Bischof Audo gegenüber dem Hilfswerk „Kirche in Not“. Eine enorme Zahl, denn in Syrien bekennen sich nur 14.000 Gläubige zu der mit Rom verbundenen chaldäisch-katholischen Kirche. Bischof Audo, der dem Jesuiten-Orden angehört, hat für die Neuankömmlinge eine Nothilfe eingerichtet.

Rund tausend Familien werden regelmäßig mit Nahrungsmitteln versorgt, auch in der Gesundheitsvorsorge und bei unumgänglichen Operationen hilft die Kirche finanziell. Dreihundert Kinder erhalten wöchentlich eine Glaubensunterweisung mit Mitteln von „Kirche in Not“. Die Miete für Räumlich-

keiten und die Kosten für den Bustransfer trägt die Diözese.

In Syrien leben zurzeit 160.000 Christen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Bereitschaft, einander zu helfen, ist unter den Gläubigen der verschiedenen Konfessionen sehr groß. Dennoch schaut der sechzigjährige Bischof von Aleppo, der das Bistum seit fünfzehn Jahren leitet, mit Sorge in die Zukunft: „Die Menschen fliehen aus Angst vor Krieg und Verfolgung. Die meisten wollen nicht lange bleiben, sondern in ein Drittland, etwa in die USA oder nach Kanada, wo Verwandte leben.“

Für die Christen in der Region sieht Bischof Audo nur dann eine Zukunft, wenn die Politik sich grundlegend ändert: „Wir brauchen Frieden in Jerusalem, im Libanon, im gesamten Nahen Osten.“ Davon sei man aber weit entfernt. Stattdessen habe in der arabischen Welt der Fanatismus zugenommen – auch als Folge einer verfehlten Politik.

Christen würden in Syrien zwar nicht offen benachteiligt, aber auch nicht wirklich respektiert. Viele Flüchtlinge sehen nach den Worten des Bischofs in Syrien für sich und ihre Familien keine echte wirtschaftliche Perspektive. Sie bleiben zumeist in Damaskus, wo die Botschaften sind, um möglichst rasch an ein Visum zu kommen.

Manche warten Jahre auf die begehrten Papiere, doch in Hoffnung auf ein besseres Leben im Ausland harren sie aus.

Die Auswanderung hält unvermindert an. So wurden allein in einer Pfarrei in Damaskus in nur einem Jahr 350 Paare getraut. Das Besondere: In fast allen Fällen kam der Ehemann aus einem Drittland, heiratete in Syrien und reiste mit seiner Frau zurück in die neue Heimat. In den USA leben bereits 160.000 chaldäisch-katholische Christen, in Frankreich etwa 18.000.

Trotz der schwierigen Situation lässt sich Bischof Audo nicht entmutigen: „weil ich Christ bin“. Er berichtet von einem Treffen mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, einem Besuch aus Anlass des Fastenmonats Ramadan. Er habe dem Präsidenten gedankt, weil Syrien die Flüchtlinge ins Land lasse und ihnen Aufenthalt gewähre. „Assad hat gesagt, dass er überlege, ihnen auch die syrische Staatsangehörigkeit zu gewähren.“

(Quelle: kath.net, 07.12.06)

Neue Strafen gegen einen Angeklagten wegen Mitgliedschaft in der Muslim-Bruderschaft

Die nationale Organisation für Menschenrechte in Syrien berichtete heute, dass das höchste staatliche Sicherheitsgericht (SSSC) entsprechend Artikel 49/1980 eine zwölfjährige Haftstrafe gegen Herrn Mohammed Thabet Hilli verhängt hat, der der Mitgliedschaft in der muslimischen Bruderschaftsbewegung angeklagt wird.

Das syrische Menschenrechtskomitee (SHRC) veröffentlichte am 26.06.2006 eine Erklärung, dass das SSSC drei syrische Bürger zum Tode verurteilt hatte. Diese Strafe wurde dann auf zwölf Jahre Gefängnis reduziert. Die drei Personen aus Jisr-elshoughoor waren: Mohammed Thabit Hilli (38

Jahre); Yusuf Omar Hussain (26 Jahre) und Fu'ad Ali al-Shughri (44 Jahre). Die Strafen wurden ebenfalls entsprechend Artikel 49/1980 verhängt.

Informierte Quellen aus der syrisch-muslimischen Bruderschaftsbewegung versicherten dem SHRC, dass die drei Bürger niemals Mitglieder der MB-Bewegung waren.

Es war sinnlos, dass die drei Bürger Anfang 1980, als sie noch Kinder waren, mit ihren Familien Syrien verlassen haben. Nachdem das Sicherheitssystem im Irak zusammenbrach und syrische Einwohner dort zur Zielscheibe wurden, waren sie gezwungen, im vergangenen Jahr aus ihrem Exil zurückzukehren. Sie hatten von der syrischen Botschaft im Irak die Zusicherung erhalten, in ihrem Land sicher zu sein. Bei ihrer Ankunft in Syrien wurden sie jedoch von Sicherheitskräften festgenommen, verhört, gefoltert und erniedrigend behandelt. Später verhängte das SSSC unfaire Strafen gegen sie.

Das SHRC verurteilt diese ungerechtfertigten Strafen und verlangt die Abschaffung von Artikel 49/1980, die Freilassung aller Gefangenen wegen in Anspruch genommener Meinungsfreiheit sowie politischer Gefangenen. Es fordert auch die Beendigung politisch-bedingter Inhaftierungen in Syrien, die Einführung öffentlicher Freiheit und die Beendigung nachrichtendienstlicher und sicherheitsbehördlicher Einmischung in die Angelegenheiten der Bürger. (Quelle: SHRC, 10.12.2006. Übersetzt: M. Cornelius)

Bei gewaltsamer Auflösung von Kurdendemonstration vier kurdische Politiker schwer verletzt

Bei der gewaltsamen Auflösung einer Kurdendemonstration in der syrischen Stadt Quamishli sind die vier kurdischen Politiker Fuad Eliko, Ismail Heme, Ibrahim Biro und Mihemed Emin am vergangenen Wochenende von syrischen Sicherheitskräften angeschossen und schwer verletzt worden. Diese alarmierende Nachricht erreichte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Dienstag. Ein Gewährsmann teilte dem Nahostreferenten der Menschenrechtsorganisation, Kamal Sido, telefonisch mit, es habe noch mehr Verletzte gegeben, doch wollten diese aus Angst vor Kündigung, polizeilichen Verhören oder anderen Schikanen nicht namentlich genannt werden.

Rund 1500 Kurden seien in Quamishli am Tag der Menschenrechte (10.12.) auf die Straße gegangen, um friedlich für die Menschenrechte in Syrien zu demonstrieren, berichtete der syrisch-kurdische Menschenrechtsaktivist Maschaal Tamo. Sie seien vom Chef des militärischen Sicherheitsdienstes bedroht worden mit den Worten: „Dies ist ein rein arabisches Land. Alle die dies nicht akzeptieren wollen, werden vertrieben.“ Danach seien Schüsse gefallen.

„Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung, uns zu helfen und sich vor allem im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft von kommenden Januar an für die Durchsetzung der Menschenrechte in Syrien einzusetzen“, sagte Tamo, „es kann nicht sein, dass

zwei Millionen Menschen im eigenen Land ohne jegliche Rechte leben und brutal verfolgt werden.“ Die Zahl der Kurden in Syrien wird auf zwei Millionen geschätzt.

Sie bilden die zweitgrößte Volksgruppe des Landes nach den Arabern. Etwa 200.000 Kurden wird die syrische Staatsangehörigkeit seit Jahrzehnten vorenthalten. Kurdische Zeitungen und andere Medien sind in Syrien verboten. Die kurdische Sprache ist im Schulunterricht nicht zugelassen. Seit Mitte 1963 steht das Land unter der alleinigen Herrschaft der panarabisch-nationalistischen Baath-Partei. In ganz Syrien herrscht Ausnahmezustand.

(Quelle: GfbV, 12.12.06)

Kurdische Persönlichkeit verhaftet

Aus kurdischen und Menschenrechtsquellen wurde übereinstimmend berichtet, dass Herr Mohammed Sheikmos Aali (54 Jahre alt), auch bekannt als Sheikh Aali, am Mittwoch, dem 20.12.2006, abends verhaftet wurde, als eine militärische Nachrichtendienstpatrouille ihn in dem al-Nakheel Café in der Nähe des Bagdad-Bahnhofs in Aleppo festnahm und ihn zu einer ihrer Vernehmungsstellen brachte. Kurdische Quellen berichteten, dass Sheikh Aali, Sekretär der Vereinigten Demokratischen Partei in Syrien, eine prominente Persönlichkeit in der kurdischen politischen Bewegung, der bemüht ist, die Anerkennung der syrischen Kurden im Rahmen der Einheit des Landes demokratisch und friedlich zu erreichen.

Das syrische Menschenrechtskomitee (SHRC) betrachtet die Festnahme von Sheikh Aali als eine illegale, despotische und willkürlichen Vorgang, der lediglich auf der Grundlage des Notfallgesetzes, das dem Lande vor 44 Jahren aufgebürdet wurde, basiert, während die Gesetze der Verfassung und anderer Zivilgesetze, die die Beziehungen zwischen dem Staat und den Bürgern regeln, inaktiviert wurden. Das SHRC verlangt die Abschaffung der Notfalls- und Kriegsgesetze sowie die sofortige Freilassung von Mohammed Sheikh Aali und aller politischen Gefangenen.

(Quelle: SHRC, 21.12.06. Übersetzt: M. Cornelius)

Deutschland:

Dezentrale Unterbringung Flüchtlingsberater Dieter Löbel berichtet über zurückgehende Asylbewerberzahlen

KIERSPE Die Anzahl der Flüchtlinge ist im Vergleich zum Vorjahr in der Volmestadt deutlich gesunken von 145 auf 113 Ende 2005. Rückläufig war besonders der Anteil aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens von 41 auf 35 Personen sowie aus der Türkei von 14 auf sieben Personen, wie Dieter Löbel jetzt im Sozialausschuss informierte, als er über die Flüchtlingsentwicklung im Jahr 2005 berichtete. Als Gründe nannte er den generellen Rückgang der Flüchtlingszahlen in Deutschland und daraus resultierend weniger Zuweisungen. Außerdem ließen sich beschleunigte Abschiebun-

gen feststellen und wachsender Rückkehrdruck auf die Asylbewerber.

"Fast alle Personen, die aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens in Kierspe sind, gehören zu den ethnischen Minderheiten der Roma und Ashkali. Nach wie vor halten die UNHCR und die UNMIK an der Position fest, dass insbesondere Roma vor dem Hintergrund der angespannten und fragilen Lage im Kosovo schutzbedürftig sind. Insofern wird einer Rückführung nicht zugestimmt", machte der Flüchtlingsberater des Diakonischen Werkes aufmerksam.

Für die Gruppe der Ashkali gelte eine Rückführungsquote von maximal 500 Personen pro Monat aus dem gesamten Bundesgebiet. Wobei im Kosovo Unterbringungsmöglichkeiten im früheren Haus oder zumindest Wohnort nachgewiesen werden müssten. Doch fehlten dazu weiterhin die Voraussetzungen, da vielfach das Wohneigentum der Menschen noch von dritten besetzt sei oder zerstört wurde. Für die Betroffenen bedeute dies, dass sie zwar abgeschoben würden, aber keine Aufenthaltserlaubnis erhielten.

Mit 20 Flüchtlingen aus Syrien stellt diese Gruppe den größten Anteil in Kierspe. Hinzu kommen weitere sechs Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, die nach eigenen Angaben ebenfalls aus Syrien stammen. Von diesen 26 sind 20 kurdischer Volkszugehörigkeit.

Laut Löbel wird die Menschenrechtslage der Kurden in Syrien von Amnesty International weiterhin als schlecht bezeichnet. Die Gruppe gelte als gefährdet, willkürlich inhaftiert und gefoltert zu werden. Ein Großteil der syrischen Kurden sei faktisch staatenlos. "Die Menschen hier leben zwischen Hoffen und Bangen", betonte der Diakonie-Flüchtlingsberater.

Er lobte die Stadt, weil diese sich trotz schwieriger Finanzsituation immer wieder bemüht habe, für eine dezentrale, sozialverträgliche und angemessene Unterbringung zu sorgen. So lebten die 16 Familien und 48 Einzelpersonen allesamt in privaten oder städtischen Wohnungen verteilt über das Stadtgebiet.

Leider gebe es wegen der unterschiedlichen Lebensstile und Kulturen immer wieder Beschwerden und Konflikte wegen Lebensrhythmus, Lärm, Sauberkeit und Umgang mit Mietgegenständen.

Deren Erörterung war auch in 2005 ein Schwerpunkt der Arbeit von Löbel. Ansonsten sieht er, wie er erklärte, seine Hauptaufgabe darin, "nach Möglichkeiten für ein friedliches Miteinander von Flüchtlingen und Einheimischen zu suchen, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den gegebenen Werten und Normen zu fördern, um so die Integration zu erleichtern. Hinzu kam Einzelfallhilfe, beispielsweise im Rahmen von Asylverfahrensberatung oder auch der Beratung zur sozialen Versorgung, was in unterschiedlicher Intensität in Anspruch genommen wurde.

Dies geschah in Form von Sprechstunden und Hausbesuchen. (*Quelle: come-on.de, 09.12.06*)

Diakonisches Werk Oberhessen

Uns wurde gestern seitens der örtlichen Polizei mitgeteilt, dass sich Mehmet Emin Kirok* 1.3.1956 gestern, am 12.12.2006 im psychiatrischen Krankenhaus Wunstorf das Leben genommen hat.

Die jetzt 10 Personen umfassende Familie reiste bereits 1995 aus dem kurdischen Teil der Türkei in die Bundesrepublik Deutschland ein. Sämtliche Anträge auf Asyl wegen politischer Verfolgung wurden abgelehnt, Petitionsanträge und ein 5-monatiges Kirchenasyl in Hassenhausen zeigten keinen Erfolg.

Die Familie blieb weiterhin von Abschiebung bedroht.

Wir nehmen diese Nachricht vom Tod von Mehmet Emin Kirok mit großer Bestürzung und Trauer zur Kenntnis. Die Übermittlung dieser Nachricht an die im Landkreis noch lebenden minderjährigen Kinder war eine schwierige Aufgabe, bei der wir versuchten, den Kindern dies so schonend wie möglich nahe zu bringen.

Dennoch sind die Kinder aus verständlichen Gründen bis an die Grenze der Belastung gefordert und wurden in stationäre psychiatrische Behandlung aufgenommen.

Es ist ihnen zu wünschen, dass von Nachfragen der Medien vorerst abgesehen wird, um ihnen und der gesamten Familie eine Trauer um den Verlust des Ehemannes und Vaters zu ermöglichen.

Gespräche mit dem Hessischen Innenministerium und dem Petitionsausschuss des Hessischen Landtages wurden von uns bereits geführt. Das Hessische Innenministerium sagte zu, dass zurzeit keinerlei Abschiebungsmaßnahme vorgesehen sei.

Der Petitionsausschuss wurde angerufen, erneut in die Beratung der Petition einzutreten und gebeten, der Familie nach diesem tragischen Verlust und der damit einhergehenden extremen Destabilisierung der Familie ein Bleiberecht einzuräumen.

Es bleibt abzuwarten, welche Entscheidungen getroffen werden.

Wir wünschen der Familie jetzt von Herzen, dass sie sich gegenseitig ein Trost sein mögen, um der Trauer um den verlorenen, geliebten Menschen ungestört Raum geben zu können.

Wir hoffen, dass die Entscheidungsträger in Landtag und Ministerium das Schicksal der Familie Kirok in angemessener Form würdigen.

(Gemeinsame Presseerklärung, 13.12.2006)

Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde

Hassenhausen, Baptisten-Gemeinde Hassenhausen

Im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland KdöR

Ohrfeige für Kartell der Abschieber

Nach Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover könnte in Türkei abgeschobene Kurdin wieder einreisen. Landkreis kann in Berufung gehen

Einer der umstrittensten Abschiebefälle in Niedersachsen könnte eine neue Wendung nehmen: Die vor fast zwei Jahren vom Landkreis Hildesheim in Niedersachsen in die Türkei abgeschobene Gazale Salame könnte mit ihren zwei kleinen Kindern nach einem Gerichtsbeschluss zumindest vorübergehend

wieder nach Deutschland einreisen. Das Verwaltungsgericht (VG) Hannover verpflichtete den Landkreis in einer jetzt bekannt gemachten Entscheidung, Salame eine befristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen (Az. 1 B 6235/06). Diese soll so lange gelten, wie das Gerichtsverfahren über ein Aufenthaltsrecht von Salames Ehemann Ahmed Siala läuft.

In seinem Beschluss macht das Gericht klar, dass eine weitere Trennung der Familie Salame/Siala nicht hinzunehmen sei. Sie sei insbesondere dem am 31. August 2005 in der Türkei geborenen Sohn nicht zuzumuten, der seinen Vater noch nie gesehen habe. Erst vor wenigen Tagen hatte sich das niedersächsische Innenministerium in einer Stellungnahme erneut gegen eine Wiedereinreise Salames und ihrer Kinder ausgesprochen. Der Landkreis hatte sich diesem Votum angeschlossen. Die Behörde kann vor dem Obergericht Lüneburg gegen den VG-Beschluss Berufung einlegen.

Salame und Siala, Angehörige der arabisch sprechenden Mahalmi, kamen 1985 und 1988 aus dem damals vom Bürgerkrieg erschütterten Libanon in die Bundesrepublik. Die Kinder wurden in Hildesheim geboren, die Familie erhielt 1990 ein vorläufiges Bleiberecht. Zehn Jahre später befanden die Behörden, Gazale Salame sei gar keine Staatenlose, wie sie bei ihrer Einreise angegeben habe, sondern, obwohl nachweislich im Libanon aufgewachsen, türkische Staatsbürgerin. Der Kreis Hildesheim hatte deshalb im Februar 2005 die damals schwangere Mutter sowie ihre jüngste Tochter abgeschoben, während ihr Mann die beiden älteren Töchter in den Kindergarten brachte. Die vom Landkreis ebenfalls verfügte Abschiebung Sialas war vom Verwaltungsgericht Hannover später für unrechtmäßig erklärt worden.

Nach Angaben ihrer Anwältin lebt Gazale Salame mit den beiden Kleinkindern in der Türkei ohne Sprachkenntnisse und ohne Kontakte in einem Elendsviertel in Izmir. Ihr fehle das Nötigste zum Leben, als Frau ohne männlichen Schutz werde sie ständig belästigt. »Sie ist sehr verzweifelt und kann keine Nacht schlafen«, erklärte die Ärztin Gisela Penteker vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat nach einem Besuch in Izmir. Gazale Salame habe in der Türkei keine Verwandten und bekomme auch keine finanzielle Hilfe: »Miete, Strom, Wasser, Windeln, alles zahlt sie mit dem Geld, das sie von ihrem Mann und einer Unterstützerin aus Deutschland bekommt.«

Der Gesundheitszustand Salames ist nach Angaben des Flüchtlingsrates und von Ärzten besorgniserregend. Ein Psychiater diagnostizierte bei ihr Depressionen und eine Angststörung. Sie sei stark suizidgefährdet. Das NDR-Fernsehen hatte kürzlich in einer Reportage aus Izmir über die ärmlichen und beengten Lebensverhältnisse der Frau und der Kinder berichtet. (Quelle: *junge Welt*, 06.12.06)

Entführung im Namen der Ehre

Noch vor Weihnachten sollte die junge Frau in der Türkei verheiratet werden. Da war ihr Münchner Freund der Familie im Weg: Vater,

Mutter und Bruder entführten ihn und bedrohten ihn mit dem Tod.

Weil ihnen die Partnerwahl der Tochter nicht gepasst hat, hat eine in München lebende türkische Familie den deutschen Freund der Tochter entführt, geschlagen und bedroht. Für die 20-jährige Tochter hatte die Familie schon ein Flugticket nach Antalya gekauft - „one way“, wie der ermittelnde Kriminalhauptkommissar Herbert Linder sagt. Offenbar sollte die junge Frau noch vor Weihnachten in die Türkei gebracht und später dort verheiratet werden. Die 20-Jährige war erst vor zwei Monaten mit ihrem gleichaltrigen Freund zusammengezogen - gegen den Willen der Eltern. Die beiden hatten sich am gemeinsamen Ausbildungsplatz kennen gelernt und sind seit etwa einem Jahr befreundet. In dieser Zeit hatte der Bruder der 20-Jährigen den Freund schon mehrmals abgepasst und ihn aufgefordert, er solle die Finger von seiner Schwester lassen.

Schlag auf den Kopf

Das Paar aber hielt dem Druck stand, verlobte sich sogar. Sehr zum Missfallen der Familie. Die Mutter versteckte sogar den Verlobungsring ihrer Tochter, als die den Ring zum Baden abgelegt hatte. Seit vergangener Woche sitzen Mutter, Vater und Bruder nun wegen Geiselnahme in Haft. Am 13. Dezember hatten Vater und Bruder dem jungen Mann auf seinem Weg von seiner Wohnung an der Schleißheimer Straße zur U-Bahnstation Dülferstraße aufgelauert.

Was dann folgte, stellt sich nach ersten Ermittlungen der Polizei folgendermaßen dar: Die beiden Männer packten den Freund der Tochter, zerrten ihn ins Auto, wo die Mutter bereits wartete. Als der junge Mann fliehen wollte, schlug der 58-jährige Vater vom Rücksitz aus dem 20-Jährigen auf den Kopf. Der 27-jährige Bruder nahm dem Gekidnappten das Handy ab - so konnte er nicht um Hilfe rufen. Dann fuhren die Drei mit ihrem Gefangenen zu einem abgelegenen Platz, wo der Vater drohte, ihn umzubringen. Um der Drohung Nachdruck zu verleihen, hatten die Männer sich Handschuhe übergezogen. „Dann gibt’s keine Fingerabdrücke.“ Falls er die Tochter nicht zurückschicke, werde auch seine Familie „nicht lange leben“, bekam der 20-Jährige zu hören.

"Er rannte um sein Leben"

Die Polizei geht davon aus, dass die Familie vor allem der Tochter habhaft werden wollte. Die war an diesem Tag krank und deshalb nicht wie üblich mit dem Freund zur Arbeit aufgebrochen. Weil sie auch ihr Handy ausgeschaltet hatte und nicht zu erreichen war, beschlossen die Kidnapper schließlich, mit ihrem Opfer zu seiner Wohnung ins Hasenberg zu fahren. Unterwegs konnte der 20-Jährige entkommen. Er hatte gebeten, auf die Toilette gehen zu dürfen. Die Entführer hielten an der Aral-Tankstelle an der Dülferstraße, eskortierten ihn in den Verkaufsraum. Von dort aus flüchtete der 20-Jährige. „Er rannte um sein Leben“, sagt Hauptkommissar Linder. Der junge Mann stoppte in der Dülferstraße einen roten Kombi (die Polizei bittet die hilfsbereite FahrerIn, sich unter 089/2910-

0 zu melden), ließ sich an der nächsten Telefonzelle absetzen und rief die Polizei. Vater, Mutter und Bruder wurden kurze Zeit später in ihrer Wohnung in Untermerzing festgenommen.

Der 27-jährige Bruder habe gestanden, sagt Linder, zeige aber kein Schuldbewusstsein. „Er wollte angeblich nur das Beste für alle.“ Um das aus ihrer Sicht „Beste“ zu tun, hatte die Familie für die Tochter einen Flug in die Türkei gebucht, datiert auf den 22. Dezember, ohne Rückflug. Begleitet worden wäre die junge Frau von allen in München lebenden Verwandten, denn der Bruder wollte in Kürze in der Türkei heiraten. Für ihn und den Vater war ein Rückflug gebucht, Mutter und Tochter sollten bleiben und sich „vom Stress erholen“, wie der 27-Jährige aussagt.

"Noch im Mittelalter"

Als „trauriges und ärgerliches“ Beispiel für misslungene Integration wertet Cumali Naz, Vorsitzender des Münchner Ausländerbeirats, den Fall. Die Familie stammt aus einem Dorf in der Provinz Adiyaman im Südosten der Türkei; der Vater lebt und arbeitet seit 34 Jahren in Deutschland, die Mutter ist seit 30 Jahren hier, spricht aber kein Deutsch. „Die haben hier leider nichts dazugelernt“, schimpft Naz. Es sei eine „falsche Vorstellung von Ehre“, wenn die Männer ihre weiblichen Familienmitglieder als Besitz behandeln.

Diese Menschen verhindern, dass ihre Kinder selbstbestimmt leben. Und das ist ein Menschenrecht. „Allerdings sei gerade Männern, „die noch im Mittelalter leben“, mit Argumenten schwer beizukommen. Der Ausländerbeirat versuche daher, mit Hilfe von Frauengruppen die Mütter zu überzeugen, „ihren Töchtern nicht dasselbe anzutun, was sie selbst durchlitten haben“. Naz wünscht sich mehr Unterstützung für junge Migrantinnen, die Probleme mit ihrer Familie haben. Und er plädiert dafür, derartige Fälle „strafrechtlich konsequent zu ahnden“.

Das habe vielleicht abschreckende Wirkung. Die junge Türkin und ihr Freund sind momentan von der Polizei an einem sicherem Ort untergebracht. Schließlich wisse man nicht, sagt Linder, wie die Familie in Türkei auf die Vorfälle reagiert.

(Quelle: sueddeutsche.de, 19.12.06)

Politisch Verfolgte werden als Informanten benutzt

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unterläuft notwendige Vertrauensbasis zu Flüchtlingen

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 16/3764) erläutert, dass politisch Verfolgte als Informanten benutzt werden. Hierzu erklärt die innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke:

Asylsuchende müssen damit rechnen, von den Geheimdiensten als Quellen abgeschöpft zu werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) leitet Erkenntnisse aus Asylverfahren an das Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum in Berlin. Dort sind Polizei- und Geheimdienste aus Bund und Ländern vertreten.

Auch die Speicherung in der neuen Anti-Terror-Datei ist vorgesehen.

Das erforderliche Vertrauensverhältnis zwischen Asyl-Anhörern und Asyl-Suchenden wird damit entscheidend beeinträchtigt. Wenn die Flüchtlinge damit rechnen müssen, dass ihre Angaben zu Oppositionskreisen im Verfolgerstaat an eine kaum kontrollierbare Vielzahl von Sicherheitsbehörden gelangen, ist keine Vertrauensbasis mehr gegeben. Denn diese Informationen können auch ausländischen Nachrichtendiensten mitgeteilt werden. Zwar erklärt die Bundesregierung, „nur nach sorgfältiger Prüfung“ Daten ins Ausland zu leiten und darauf zu achten, ob „eine rechtsstaatswidrige Behandlung des Betroffenen zu befürchten ist“.

Doch angesichts jahrelanger Erfahrung mit CIA-Entführungen, Guantánamo und deutscher Beihilfe zu diesen Handlungen liegt auf der Hand: Kein Geheimdienst irgendeines Staates schert sich um menschenrechtliche Standards. Asylsuchende werden demnach in die verzweifelte Situation gebracht, entweder umfangreich ihre Kontakte ins Heimatland zu schildern und damit möglicherweise Freunde und Verwandte ans Messer zu liefern, oder sie riskieren ihre Anerkennung als Asylberechtigte. Ihre Angaben können von der so genannten „AG Statusrechtliche Begleitmaßnahmen“, dem Bindeglied zwischen BAMF und Terror-Abwehrzentrum, auch dazu missbraucht werden, die Abschiebung anderer Ausländer zu veranlassen, „soweit dies im Einzelfall angezeigt ist“.

Solche Methoden verletzen massiv das Grundrecht auf Asyl. Politisch Verfolgte müssen geschützt und nicht als unfreiwillige Denunzianten missbraucht werden! (Presseerklärung von Ulla Jelpke, MdB, 02.01.2007)

Sehr verehrte Leserin, sehr verehrter Leser,

Wir möchten an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere aktualisierten WEB-Seiten in Deutsch und Englisch hinweisen, die interessante Beiträge enthalten. Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

*Mit freundlichen Grüßen.
Ihre Redaktion*

PUBLIKATIONEN

Die Kinder des Engel Pfau – Religion und Geschichte der kurdischen Yezidi Johannes Düchting

KOMKAR Publikation, ISBN: 3-927213-23-3, Preis: 20,00 Euro

In Kurdistan ist eine der ältesten Religionen der Menschheit beheimatet: die Religion der Yezidi. Auf Grund von Migration und Vertreibung leben inzwischen aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zehntausende Anhänger dieser Religion. Hier dürfte sie inzwischen nach Christen, Moslems und Juden die viertgrößte Religionsgruppe sein. Bekannt ist einer breiten Öffentlichkeit aber so gut wie nichts über sie. Lediglich von „Teufelsanbetern“ oder einer „Geheimreligion“ wird gemunkelt und alle paar Wochen verbreitet ein deutsches Montagsmagazin Schauergeschichten über die Religionsgruppe. Allenfalls weiß man noch aus der Lektüre Karls Mays, dass die Yezidi irgendwo im „wilden Kurdistan“ beheimatet sind.

Johannes Düchting, Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden, berichtet in seinem im November 2004 erschienenen Werk kenntnisreich über die Inhalte der yezidischen Religion und die Geschichte des yezidischen Volkes. Der Autor zählt zahlreiche Angehörige der Religion zu seinem Bekanntenkreis und hat mehrfach die Heimatregion der Yezidi (zuletzt im September 2004 das im Nord-Irak gelegene religiöse Zentrum von Sheikh Adi) besucht. Schwerpunkt des ersten Teils des auf zwei Bände konzipierten Werkes sind die Inhalte und die Praxis der yezidischen Religion, die der Autor im Vergleich mit zahlreichen anderen kurdischen und nah-östlichen Religionen darstellt, die Einfluss auf die Yezidi-Religion genommen haben, aber auch von dieser beeinflusst worden sind. **Bestellung: beim IMK e.V.**

Dokumentation: Trauma und Therapie Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt

Mit Beiträgen von: Knut Rauchfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griesse, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting
Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt.

Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

ISBN 3 – 933881 – 19 – 6, Zu beziehen über IMK e.V., Preis: 21,-- Euro (incl. Versandkosten)

"Mord im Namen der Ehre"

Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" – eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungsgebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: **12,-- Euro (incl. Versandkosten)**

AUSLÄNDER IM EIGENEN LAND - Die Situation staatenloser Kurden in Syrien

In der Provinz Hasaka wurde 1962 ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, sie wurden so zu Staatenlosen, zu Ausländern im eigenen Land.

Die vorliegende Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Unser Ziel ist es, in einem ersten Schritt sowohl die Hintergründe ihrer Ausbürgerung als auch deren bis in die Gegenwart reichende Folgen darzustellen. Gezeigt wird, dass die Ausbürgerungskampagne von 1962 integraler Bestandteil der allgemeinen Arabisierungsbemühungen der syrischen Regierung gewesen ist und dass die syrische Politik gegenüber den (staatenlosen) Kurden bis in die Gegenwart durch diese Arabisierungslogik geprägt wird.

In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, gegen welche nationalen Gesetze und internationale Abkommen die syrische Praxis gegenüber Staatenlosen verstößt.

Dieser Teil der Studie schließt mit einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Staatenlosen, die insbesondere an die syrische Regierung, aber auch an andere internationale Akteure gerichtet sind.

Die Situation der aus Syrien stammenden „staatenlosen“ Kurden hat inzwischen auch die deutschen Behörden und Gerichte beschäftigt. Immer mehr dieser Kurden gelingt die Flucht nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie, um ihren Aufenthalt hier zu sichern, zumeist Asyl beantragen.

Lange Zeit spielte es in den Asylverfahren keine Rolle, ob es sich bei den Asylbewerbern um Kurden mit oder ohne syrische Staatsangehörigkeit handelte.

Etwa Anfang 2001 änderte sich jedoch die Rechtsprechung hinsichtlich dieses Personenkreises. Inzwischen werden in Deutschland Asylanträge, die sich darauf stützen, dass man staatenloser Kurde aus Syrien sei, regelmäßig abgelehnt. Da zur Situation staatenloser Kurden kaum Veröffentlichungen in deutscher Sprache vorliegen, hoffen wir mit unserer Dokumentation einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema geleistet zu haben. Mit Beiträgen von Eva Savelsberg, Siamend Hajo und Celal Abbas Kömür sowie Johannes Düchting

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 10,- Euro (incl. Versandkosten)

Drei Bücher des französischen Autors Francois-Xavier Lovat aus Paris

Francois-Xavier Lovat bereiste im Jahr 1963 zum ersten Mal den Irak. Seitdem hat er drei Bücher herausgebracht, die wunderschöne und beeindruckende Fotos enthalten. Sie sind nachfolgend beschrieben:

KURDISTAN, Irak

140 wunderschöne Farbfotos – eine Ansammlung von Schnappschüssen mit kurzer historischer Beschreibung. Das Buch versucht auf, das tägliche Leben der Kurden im Irak, die zerrissen von zerstörerischen Kriegen und Opfer des doppelten Embargos der Vereinten Nationen und der Regierung von Bagdad sind, wiederzugeben.

Geschrieben in kurdischer, französischer und englischer Sprache.

(103 Seiten, €24,-,-- einschl. Versand)

KURDISTAN DEMOCRATIC PARTY

Dieses Buch, mit ca. 140 farbigen beeindruckenden Aufnahmen und Portraits sowie Fotos von zahlreichen Veteranen des historischen Marsches vom 27. April bis 18. Juni 1947, der sie nach dem Zusammenbruch der Mahabad Republik nach Russland in Sicherheit führte, beschreibt die Entwicklung der KDP von 1946 bis 1999.

Geschrieben in englischer und arabischer Sprache. (128 Seiten, €24,-,-- einschl. Versand)

KURDISTAN : LAND of GOD – GOTTESLAND

In diesem Buch mit 114 wunderschönen Farbfotos sind alle Religionen beschrieben, die Kurdistan zu einem einzigartigen Land Gottes gemacht haben. Im mittleren Osten, der Wiege aller Zivilisation und der monotheistischen Religionen, umgeben von Blutdurst und Gewalttätigkeit, im Zentrum der schlimmsten Massaker und der größten Toleranz, ist Kurdistan einzigartig.

Dieser Kreuzpunkt großer Wanderungsbewegungen und daher von intensivem wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Austausch, wurde mit seinen Bergen eine Zufluchtstätte für die Unterdrückten, die sehr oft Opfer von religiösen Verfolgungen waren. Diese Geographie hilft, die extreme Vielfalt der Religionen in Kurdistan zu verstehen.

Geschrieben in kurdischer, englischer und deutscher Sprache.

(140 Seiten, €34,-,-- einschl. Versand)

Alle drei Bücher können über das IMK bezogen werden.

ISSN 1438- 08 , Herausgeber: IMK e.V., Postfach 200738, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802, Fax: + 49 228 36 32 97

e-mail: imkkurds@aol.com, Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: 92,00 €
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: 46,00 €
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: 31,00 €

Bankverbindung : Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Geschäfts-Konto: 83457 00

Spendenkonto: 83457 01

Für Auslandsüberweisungen: BIC: BFSWDE33 IBAN: DE82 3702 0500 0008 3457 00